



16. Juni 2009

## **Rede des Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke in der Regionsversammlung am 16.06.2009**

### **Klimaschutzrahmenprogramm**

#### **FDP setzt auf Eigenverantwortung von Unternehmen, Bürgern und Kommunen statt auf Reglementierungen und Sanktionen**

Klimaschutz ist eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben und Herausforderungen für die Politik der nächsten Jahre. Während SPD und Grüne in der Region Hannover durch Regulierungen und Verordnungen Maßnahmen für die Kommunen, den ÖPNV und Unternehmen durchsetzen und erzwingen wollen, setzt die FDP-Fraktion auf Eigenverantwortung der Unternehmen, Bürger und Kommunen. Das wird in Zukunft Erfolg haben, denn die Einsicht für Klimaschutzmaßnahmen ist heute bei allen gewachsen. Der von Rot-Grün in diesem Programm festgeschriebene Verzicht auf Atomstrom ist ihrem Bundestagswahlprogramm entnommen und gehört inhaltlich nicht zum heutigen Thema, denn zurzeit müssen wir noch immer auf fossile Energieträger als Ersatz für Atomstrom zurückgreifen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, und diese erhöhen den CO<sup>2</sup>-Ausstoß. Wir möchten das Ziel einer 40%igen Minderung der CO<sup>2</sup>-Emissionen in den nächsten Jahren erreichen. Dazu brauchen wir, wie alle wissen, in einer Übergangsphase weiter Energiegewinnung aus AKW. Durch regenerative Energien allein kann im Augenblick die durch den Verzicht auf Atomstrom entstehende Lücke nicht geschlossen werden.

Das heute zu verabschiedende Klimaschutzrahmenprogramm muss danach zügig umgesetzt und weiterentwickelt werden. Ebenfalls müssen nach unserer Auffassung alle Projekte auf Einsparpotentiale von CO<sup>2</sup>-Emissionen geprüft, auf wirtschaftliche Machbarkeit untersucht und mit einer Folgekostenabschätzung hinterlegt werden. Das von der Verwaltung und von Rot/Grün verfasste Programm ist aus unserer Sicht ein reines Sammelsurium von Maßnahmen ohne eine zwingend notwendige Prioritätensetzung. Ohne eine solche konkrete Benennung von Prioritäten bleibt ein Klimaschutzrahmenprogramm eine reine Absichts-erklärung ohne Folgewirkungen.

Aus Sicht der FDP-Fraktion sollten folgende Schwerpunkte für Klimaschutzprojekte zur CO<sup>2</sup>-Reduzierung gesetzt werden:

1. Ausbau der Beratungskompetenz für kleine und mittelständische Unternehmen und private Bauherren zur Erreichung von mehr Energieeffizienz auch mithilfe der Klimaschutzagentur,
2. Energetische Sanierung von Gebäuden und hohe Standards für Neubauten in der Wohnungswirtschaft,

3. Anpassung der Regional- und Städteplanung bei der Siedlungsentwicklung und Infrastrukturpolitik,
4. Optimierung des ÖPNV-Angebotes insbesondere in den ländlichen Gebieten in der Region Hannover z. B. durch ein besseres Angebot bei den Park-und-Ride-Plätzen und damit Umstieg der Autofahrer auf die S-Bahn,
5. Verbesserung des Verkehrsflusses für die Menschen, die das Auto dringend benötigen, durch Einführung der „Grünen Welle“ anstatt spektakulärer Umweltzonen ohne Wirkung,
6. Engere Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen z. B. in der Weiterentwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung.

Bei der Erarbeitung und Begleitung dieser Schwerpunkte sollte die Region Hannover intensiv die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit nutzen. Zusätzlich sollten Foren geschaffen werden für eine bessere Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie der niedersächsischen Regierungskommission für Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, Sie sollten heute geschlossen für den Vorschlag von CDU und FDP stimmen, denn wir haben das bessere Konzept für die Zukunft der Region Hannover, auch im Klimaschutz.